

Liebe Freundinnen Freunde und in pax christi, liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland – so war es in den Medien der letzten Tage zu hören und zu lesen – zieht in den Krieg. Da wird nun endlich wahr, was der Bundes-präsident schon 2014 vehement gefordert hat: „Deutschland muss eine größere Verantwortung in der Welt übernehmen.“ Damit meinte er ein größeres militärisches Engagement.

Der Bundestag hat am Freitag, dem 04.12.2105, beschlossen, die militärische Aktion der Frankreichs gegen den IS mit militärischen Mitteln zu unterstützen: mit dem Einsatz von Tornados und einer Fregatte.

Deutschland ist wieder dabei, auch ohne ein UN-Mandat und auch ohne eine rechtliche Legitimation durch das Grundgesetz. Wir sind durch die fruchtbare Attentate mit vielen Toten und Verletzten nicht angegriffen worden und auch nicht die französische Nation.

- Rechtfertigen diese Verbrechen eine solche kriegerische Aktion gegen den IS?
- Werden mit der Bombardierung nicht neue Opfer und Tausende von Toten generiert werden?
- Lassen sich die Aktionen eines islamischen Staates damit eliminieren?
- Oder wird der „Hass auf den Westen“ (Jean Ziegler) in der islamischen Welt nicht eskalieren?
- Wird die Gewalt nicht neue Nahrung erhalten?
- Oder werden frustrierte, verirrte junge Anhänger des Islam neue Attacken planen und durchführen, die mit den Mittel des Rechtsstaat nicht völlig zu verhindern sind, denn eine absolute Sicherheit wird es auch bei uns nicht geben?

Eine wirklich kritische Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen findet weder bei den politischen Akteuren noch bei den Repräsentanten der medialen Szenerie statt. Es scheint nur eine Antwort zu geben: Bomben, Bomben, Bomben...

Dabei würde ein Blick in die jüngere Geschichte zeigen, dass solche militärische Attacken ins Leere laufen, d.h. sogenannte Schurken-

Staaten (Irak, Libyen, Afghanistan, Jemen) destabilisieren, barbarisieren, radikalieren und in ein totales Chaos stürzen.

- Welche Konsequenzen haben die Verantwortlichen aus diesen Erfahrungen gewonnen?
- Oder haben sie mit den militärischen Konzepten nur die eigenen Unsicherheiten kaschieren und zeigen wollen, dass sie handelnde Akteure sind?
- Waren diese neueren Erkenntnisse überhaupt im Blick?

Zuweilen konnte in den bundesdeutschen Medien der Eindruck gewonnen werden, als ob sie nur die herrschende, politische Debatte befeuern, aber kaum kritisch infrage stellen wollten.

Dr. Martin Baraki, ein Politologe an der Universität in Marburg, hat uns bei Veranstaltungen zu Afghanistan mehrfach versichert, dass in seinem afghanischen Heimatland inoffizielle und offizielle Kontakte zu den Taliban bestehen, dass diese resistente Gruppierung nicht bei Friedensverhandlungen nicht ausgeschlossen werden kann.

Sollte diese Erkenntnis auch nicht für die Akteure des IS gelten? Oder wollen die politischen Akteure bei ihren alten Feindbildern bleiben: Hier – wir sind die Guten, dort sind die Schurken, dort ist die „Achse des Bösen“ (Bush Junior). Der frühere Bundespräsident Heinemann hat einmal in entsprechendem Kontext gesagt: „Wer mit einem Finger auf den Anderen zeigt, dem zeigen mindestens drei Finger auf sich selbst.“

Zu fragen bleibt,

- was hat die sogenannte „westliche Wertegemeinschaft“ unternommen, um den seit ca. 5 Jahre dauernden Bürgerkrieg in Syrien zu beenden?
- Haben sie nicht nach einem ähnlichen Muster wie im Irak oder in Libyen gehandelt: „Saddam Hussein oder Gaddafi müssen weg!“
- Haben Sie mit Assad und seiner Regierung verhandelt, haben sie irgendwie Einfluss zu nehmen versucht, das Land aus dem unsagbar großen Leid zu befreien mit 9 Millionen Flüchtlingen und hunderttausenden Toten?

Ein Ende des Krieges ist nicht in Sicht, sicher auch wegen der unterschiedlichen Kriegsparteien aus Ost und West.

Und schließlich sollte auch gefragt werden, wer definiert Terrorismus und den Terroristen, wer ist der Gute und wer der Böse?

Bei dieser unübersichtlichen Gemengelage in Syrien - es sind 15 Staaten in diesen Krieg verwickelt - sind sicher auch ökonomische und geostrategische Interessen von Bedeutung – man denke nur an Öl und Gas im Norden von Syrien, der heute von dem IS dominiert wird.

Das sind – wie schon im Rundbrief 2/2014 formuliert – nur einige Blitzlichter, Impressionen und Fragen, die deutlicher als 2014 zeigen, dass offenbar nur eine Option für diese Krise gibt: Eine militärische! Die Militarisierung ist weiter expansiv auf dem Vormarsch!

Gleichwohl ist klar zu erkennen, dass die Folgen dieser nahöstlichen Situation bei uns spürbar werden: in den großen Flüchtlingszahlen, der Radikalisierung rechter Tendenzen (Pegida), der Verschärfung von Sicherheitsgesetzen oder Maßnahmen der Eindämmung von Grundrechten bei gleichzeitigen Irritationen und Ängsten vor Anschlägen und Attentaten.

Yossi Bartalm ein 1986 in Jerusalem geborener Journalist, hat die Szenerie auf einen Punkt gebracht: *„Was also kann Europa von Israel über das Leben mit dem Terror lernen? Wohl eher, wie es nicht geht: Wer auf Terror mit Gewalt und autoritären Strukturen reagiert, wird auf lange Sicht weder Sicherheit noch Demokratie erhalten. Das ist“* – so schließt er im „Freitag“ vom 26.11.15. – *„die traurige Lektion meiner Heimat.“*

Was bleibt uns kleiner Zahl von Friedensaktivisten zu tun, was können wir tun? Auf was können wir hoffen, wem können wir folgen, wem können wir glauben?

Eines kann und ist ganz sicher: In unserem Namen zieht Deutschland nicht in den Krieg; wir sagen deutlich NEIN! Wir können nur unsere prophetische Stimme erheben und zu Jedermann oder Jederfrau sagen: Wir wollen eine friedliche Lösung dieser Krise und eine Verhandlung mit allen Beteiligten am Runden Tisch, auch mit Akteuren des IS.

Dabei werden uns die adventlichen Impulse aus dem ersten und neuen Testament hilfreich sein können. Wir dürfen dem Gott Israel vertrauen, der „die Schreie seines Volkes gehört hat und sie aus dem Sklavenhaus Ägypten befreit hat:“

Wir dürfen klagend und bittend vor unseren Gott und Meister treten: Schenke uns Dein Gehör und unterstütze alle, die sich für eine friedliche Lösung dieser Konflikte einsetzen!

Wir wissen uns mit unserem Präsidenten Bischof Algermissen verbunden, der diesen Krieg eine klare Absage erteilt hat.

Dir/ Ihnen ein gesundes Jahr 2016, ein Jahr, das von unserem Papst Franziskus zum Jahr der Barmherzigkeit erkoren wurde.

Schalom

Egbert Wisser

Berichte und Hinweise

Flüchtlinge 1: Die Bistumsstelle Trier hat das Statement von Bischof Ackermann zum kirchlichen Engagement für die Flüchtlinge begrüßt und ihn gebeten zu diesem Thema einen Hirtenbrief zu verfassen. Da ein gemeinsames Schreiben der Bischofskonferenz erfolgte, ist für das Bistum Trier kein eigener erschienen.

Flüchtlinge 2: Inhaltlich hat die Bistumsstelle auch in den Überlegungen zum Thema unter dem Titel „Welche Fragen stellen wir?“ Stellung genommen – vgl. diesen Rundbrief. Ebenso verweisen wir auf die Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Sektion vom 17.09. unter der Überschrift; „Willkommenskultur für Flüchtlinge erhalten – Zeitfenster für Syrienverhandlungen nutzen“ und das Positionspapier „Frieden und Gerechtigkeit – Friedenspolitik ist Solidarität mit Flüchtenden“ des Bundesausschusses Friedensratschlag.

Radfahrer für den Frieden: Die diesjährige Friedensradfahrt von Verdun nach Ramstein zwischen dem 29.08. und 04.09. wollte 70 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges und den Atombombenabwürfen in

Japan ein Zeichen für den Frieden setzen. Über Esch führte ihr Weg am 1. September nach Trier. Mit von der Partei war Waltraud Andruet. Nach einem verregneten Tage fand zum Antikriegstag Kundgebung auf dem Kornmarkt statt. Die abendliche und nächtliche Versorgung hatte Werner Schwarz übernommen. Am nächsten Tag ging es weiter ins Saarland mit den Stationen Saarwellingen, Saarlouis und Saarbrücken. In Saarwellingen gab es auf Einladung der dortigen pax-christi-Gruppe und der Kunstgalerie "KulturOrt" von Mario Andruet ein Friedensfest. In Saarlouis wurde vor Graf-Werder-Kaserne gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu demonstriert. Letzte Station im Saarland war die Landeshauptstadt mit einer Kundgebung auf dem St. Johanner Markt.

Diözesanversammlung 25. - 26.09.2015.: Beim politischen Nachtgebet am Freitag konfrontierte sich eine kleine Gruppe von pax-christi-Mitgliedern die Folgen des globalen Wirtschaftssystems für die Menschen, das – so der Papst – „tötet“. Es stellte diese Wirtschaft unter den Maßstab des Sabbatgebotes aus dem Deuteronomium. Dieses weltweite System verursacht millionenfach die Flucht von Menschen und zwingt gleichzeitig die Bevölkerung der wohlhabenden Staaten unter sein Regime.

Im Studienteil am Samstag wurde an Hand der gleichnamigen Stellungnahme des Ökumenischen Netzes und auch von pax-christi-Trier über einen Perspektivenwechsel in der Kirche im Kontext der Trier Synode diskutiert. Der Geistliche Beirat Horst Peter Rauguth stellte die Grundaussagen des Textes vor. In der Diskussion darüber stellte sich heraus, dass die entscheidende Weichenstellung darin gesehen wird, ob es gelingt, die Mechanismen der gegenwärtigen Welt zu durchschauen und darauf mit der Botschaft des Evangeliums zu antworten. Papst Franziskus hat mit „evangelii gaudium“ hierzu einen entscheidenden Anstoß gegeben. Die Kernfrage wird sein – für die Synode und das Bistum Trier insgesamt -, ob es gelingt, die „Option für die Armen“ in der Pastoral zu verankern.

Flüchtlinge 3: In der Bistumsversammlung wurde auch über die Gewährung von Kirchenasyl diskutiert, nachdem durch eine Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bischofskonferenz wenig praktikable Verfahrensweisen verabredet worden sind. In den Augen der Teilnehmer muss bei einer drohenden

Abschiebung den gefährdeten Menschen weiter zeitnah und unbürokratisch geholfen werden.

Fairer Handel - Ist eine bessere Welt käuflich? Unter diesem Titel haben die Aktion 3.Welt Saar und das ökumenische Netz eine Flugschrift herausgegeben – vgl. auch die Internetseite des Netzes. In ihr werden die Verdienste des fairen Handels, aber auch die Grenzen innerhalb unseres Wirtschaftssystems aufgezeigt. Es wird beispielweise darauf eingegangen, dass mit dem fairen Handel in den Handelsketten eine Entpolitisierung stattgefunden hat und die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit für alle vernachlässigt wird. Dazu gibt es ein Redaktionsgespräch über Kapitalismuskritik und sozial-ökologischen Konsum.

Kampfeinsatz der Bundeswehr gegen den IS: Im Zusammenhang mit Diskussionen und Bewertungen um den Kampfeinsatz der Bundeswehr hat der Vorstand öffentlich erklärt, dass er sich hinter die Erklärung des pax-christi-Präsidenten Algermissen stellt.

Kampfeinsatz der Bundeswehr 2: pax-christi-Trier hat mit der AGF und anderen zu einer Mahnwache am 11.12, auf dem Kornmarkt in Trier aufgerufen. Der Vorstand der Bistumsstelle hat ebenfalls die Unterschriftenaktion gegen den Einsatz der Bundeswehr unterstützt.

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel: Die Aktion, an der die deutsche Sektion von pax christi führend beteiligt ist, hat durch die Veröffentlichung des Buches „**Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden**“ des Autors Jürgen Grässlin und den entsprechenden Fernsehfilm eine große öffentliche Aufmerksamkeit erzielt. Auch in Deutschland gibt es ein militärisch-industrielles Netzwerk. Jürgen Grässlin Sprecher der Kampagne hat mit großem Erfolg Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen gestellt.

Welche Fragen stellen wir?

Diese Überlegungen wurden in der Vorstandssitzung von pax christi Trier am 26.11.2015 vorgelegt, diskutiert und als Statement des Vorstandes angenommen.

Seit Sokrates wissen wir, wie wichtig es ist, die richtigen Fragen zu stellen. Eine Szene im Lukasevangelium(10, 25-37) dokumentiert eine solche entscheidende Frage. Ein jüdischer Gesetzeslehrer fragt Jesus: „...wer ist mein Nächster? Jesus antwortet mit der berühmten Geschichte vom „barmherzigen Samariter“ und fragt dann den Gelehrten „Wer von diesen dreien(Priester, Levit, Samariter) scheint dir der Nächste dessen geworden, der unter die Räuberbande gefallen ist?“ Die Antwort des Gelehrten lautet eindeutig „Der das Werk des Erbarmens an ihm getan hat“.

In der Diskussionsrunde bei Günter Jauch am 01.11.2015 war der Focus auf die unübersichtlichen - mancher wird sagen „chaotischen“ - Verhältnisse an der deutsch-österreichischen Grenze gerichtet, die zu diesem Zeitpunkt täglich Tausende von Flüchtlingen überschritten. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber verfocht dabei deutlich eine Perspektive des Ordnungs- und Sicherheitsdenkens, indem er eine Grenzsicherung – manche sahen dazu „Transitzonen vor – forderte, die die Regelungen des Artikels 16a des Grundgesetzes durchsetzt und alle Unberechtigten zurückschickt. Dem Journalisten Jaafar Abdul Karim von der Deutschen Welle ging es darum, wie die Ankömmlinge integriert werden können. Es sind völlig verschiedene Fragen, die gestellt werden, und entsprechend jeder Frage werden auch die Antworten ausfallen.

Zahlreich sind die Menschen in Gesellschaft und Politik, die angesichts der großen Zahl der Flüchtenden fragen:

- Schaffen wir das?
- Sind wir nicht überfordert?
- Was kostet die Versorgung der Flüchtlinge?
- Wo bringen wir die vielen Menschen unter?
- Wo gibt es Einsparungen?
- Welche Menschen sind davon betroffen?
- Wer hat einen Anspruch bei uns zu bleiben und wer nicht?
- Müssen wir nicht die Zahl der Flüchtlinge begrenzen?
- Wie können wir sie begrenzen?
- Taugen die rechtlichen Instrumente in der jetzigen Situation noch?
- Wie können wir die offensichtliche Not lindern?
- Können wir die Ankommenden integrieren?

- Werden unsere Gesellschaft und unsere Kultur verfremdet?
- Können wir den Ankommenden trauen?
- Müssen wir uns Sorgen machen?
- Welche Ängste werden wach und welche werden geschürt?
- Woher kommen so viele Vorurteile?
- Warum werden Menschen gewalttätig?
- Was sind die Fluchtursachen?
- Was muss an den Ursprungsorten der Flucht geändert werden? Warum läuft vieles so chaotisch?
- Haben die Verantwortlichen gemeinsame Ziele und eine gemeinsame Strategie? Und...

Seit den Anschlägen von Paris am 13.11. sind neue brisante Fragen hinzugekommen:

- Was bezwecken die Terroristen?
- Warum morden sie wahllos?
- Woher kommt ihr Hass?
- Warum sind sie zu Dhihadisten geworden?
- Wollen sie sich rächen oder Angst verbreiten?
- Können wir noch in Sicherheit und Freiheit leben?
- Wie kann Ihnen das Handwerk gelegt werden?
- Was sollte politisch entschieden werden? Und ...

Aus einer Unterscheidung von Hanne Margret Birckenbach wird deutlich, dass unterschiedliche Fragestellungen und Denkmuster weitreichende Folgen für die Diskussionen in der Öffentlichkeit haben. Sie hat in einem Vortrag in der evangelischen Akademie Loccum zwischen Friedenslogik und Sicherheitslogik – der Titel lautet „Friedenslogik statt Sicherheitslogik – Gegenentwürfe aus der Zivilgesellschaft“ – unterschieden. Da uns diese Unterscheidung für die gegenwärtigen Diskussionen von eminenter Bedeutung zu sein scheint, soll aus dem Abschnitt **„Friedenslogik im Kontext ziviler Konfliktbearbeitung“** ihres Referates zitiert werden:

„Sicherheitslogische und friedenslogische Politik haben etwas gemeinsam: Sie folgen nicht einer Kriegslogik, sie wollen Krieg und andere Formen physischer Gewalt vermeiden. Sie unterscheiden sich

aber durch die Wahrnehmung dessen, was in der Welt geschieht, und die daraus gezogenen praktischen Schlussfolgerungen.

Eine sicherheitslogische Politik nimmt ein Geschehen als Bedrohung wahr, will diese abwehren und davor schützen – zunächst die Eigenen, vielleicht auch darüber hinaus (ein Bündnis, andere Staaten, Gesellschaften, Menschen in Not). Sie will keine Militäreinsätze, schließt aber die Beteiligung daran ... nicht aus Sie bereitet sich daher darauf vor. ...

Eine friedenslogische Politik nimmt das gleiche Geschehen als Konflikt wahr. Sie fragt nach Genese, Ursachen, Potentialen zur Eskalation und Deeskalation, ermittelt die Bedürfnisse, Interessen und Mittel der unmittelbar oder mittelbar Beteiligten, erkennt die eigenen Interessen, Rollen und Grenzen. Ihr Ziel ist es, die Beziehungen zwischen den direkt und indirekt Beteiligten so zu verändern, dass ein gewaltfreier Konfliktaustrag zwischen ihnen möglich wird und sie eine einigermaßen befriedigende Zwischenlösung oder Lösung finden...

Sicherheitslogische Politik gilt also dem Schutz vor einer Bedrohung.... Sie haben aber mit dem Ziel einer Konflikttransformation wenig zu tun. Sicherheitslogische Politik ist eine Form des Konfliktaustrags, aber nicht der zivilen Konfliktbearbeitung. Konflikttransformation findet nur statt, wenn es gelingt, die Beziehungen zwischen den Beteiligten so zu verändern, dass sie gewaltfrei zufriedenstellende Regelungen treffen können.“

Diese Unterscheidung bezieht sich zunächst auf entstandene Konflikte wie den Krieg in Syrien, tritt aber jetzt auch überdeutlich in zahlreichen Entscheidungen und Statements nach den Attentaten von Paris zu Tage. Der Schutz vor Bedrohung bestimmt die Agenda. Selbstverständlich ist es Pflicht der staatlichen Organe, Attentäter dingfest zu machen und potentielle Täter an ihrem mörderischen Tun zu hindern. Aber es geht weiter: Gesetze und Sicherheitsmaßnahmen werden verschärft, Polizei und Geheimdienste erhalten Personal, und es wird zum Kampf gegen den Terrorismus geblasen. Fragen danach, ob derartige Lösungen sinnvoll sind, werden durchaus gestellt, aber hemmen die Akteure nicht.

Die getroffene Unterscheidung ist aber auch bei Konflikten um die Aufnahme der Flüchtlinge zutreffend. Diese Unterscheidung macht plausibel, wie entscheidend es auch bei den Diskussionen ist, welcher

Blickwinkel vorhanden ist, welche Perspektive gewählt wird und welche Fragen gestellt werden. Sicherheitslogische Aspekte werden deutlich, wenn nach den Außengrenzen und ihrer Sicherung gefragt, wenn europäische Normen(Dublin II) oder die deutschen Asylgesetze zu Rate gezogen werden oder wenn zwischen rechtmäßig Ankommenden, nämlich Opfern von Kriegen oder Verfolgungen, und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden wird.

Völlig anders ist der Blickwinkel, wenn zunächst die Not der Flüchtlinge gesehen wird. Der Mann aus Samaria sieht die Not des Überfallenen, seine lebensbedrohliche Situation, und handelt. Er leistet erste Hilfe und sorgt für seine Genesung. Erfreulicherweise sehen viele Menschen in Deutschland die Ankommenden von Angesicht zu Angesicht (vgl. Levinas) und stellen Fragen wie: Was brauchen diese Menschen nach ihrer langen und gefährlichen Flucht? Wie kann und wie muss man ihnen helfen? Sie geben dann unmittelbare Antwort. Sie versorgen, stellen Zeit, Kleidung und Nahrung zur Verfügung. Sie gründen Initiativen, von denen das Internet deutschlandweit über Intentionen und Ziele Auskunft gibt. Das geschieht oft so spontan, dass Hilfsorganisationen und Behörden kaum mit der Koordinierung und Unterstützung hinterherkommen.

Ein Blick auf den gesellschaftlichen Kontext zeigt, dass diese Hilfe umstritten und konfliktträchtig ist. Mitbürger befürchten, dass sie dafür aufkommen müssen, dass die Anstrengungen der Behörden zu ihren Lasten gehen, dass Versorgung, auf die sie schon lange warten, jetzt gar nicht mehr verwirklicht wird. Wer nach der Not der Ankommenden fragt, tut dann aber auch gut daran, nach den Bedürfnissen und Interessen derer zu fragen, die sich überfordert fühlen oder meinen, zu kurz zu kommen. Es geht um die Menschen, die in unserer Gesellschaft der Armut überlassen und ausgegrenzt sind. Es geht um Menschen, die praktische Probleme sehen und sie gelöst haben möchten. Im Sinne einer friedenslogischen Betrachtungsweise sind entstehende Konflikte aufzuspüren und ist zu fragen, wie die unterschiedlichen Interessen beachtet und zum Ausgleich gebracht werden können. Ein Beispiel für eine derartige Perspektive gab ein Teilnehmer einer Diskussionsrunde. Er forderte die Bundesregierung auf, öffentlich eine Garantieerklärung ähnlich wie bei dem Platzen der Immobilienblase zu geben. Damals hatten Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück die

Sicherheit der Sparguthaben garantiert. Jetzt wäre eine Erklärung richtig, die besagt, dass die Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge nicht dadurch aufgebracht werden, dass den Menschen im Land etwas wegenommen oder vorenthalten wird. Eine solche Äußerung wäre dazu geeignet, zur Beruhigung eines drohenden Konfliktes beizutragen.

Die Attentate von Paris, Istanbul und Beirut haben eine Fülle von Fragen zur Sicherheit in Europa aufgeworfen, die nicht unberechtigt sind, denen aber kein Stellenwert zukommt, der ihnen alles andere unterordnet. Diese Fragen sind dringlich, aber sie ergeben weder eine Perspektive noch sind sie grundlegend. Die Fragen und Debatten sind davon geprägt, dass sie den Kampf und die gewaltsame Unterdrückung des Terrors fordern. Da es in diesem Zusammenhang nicht um den Terrorismus geht, soll nur darauf hingewiesen werden, dass offensichtlich zwei Aspekte nicht stimmig sind:

- die zentralen Fragen nach dem Ursprung des Terrors werden vernachlässigt; oder anders gewendet, man glaubt Sicherheit durch Aufrüstung von Militär, Polizei und Geheimdiensten und deren Einsatz zu verbessern;
- die Fragen nach der Sicherheit werden instrumentalisiert, um die Flüchtlinge trotz ihrer Notlage abzuweisen; Jakob Augstein bezeichnet dieses Verhalten zu Recht als zynisch (Freitag 19.11.).

Bernd Ulrich schreibt in der Zeit vom 19.11.2015, dass die Hinwendung zu den Flüchtlingen in ihrer Not, die Willkommenskultur einen wichtigen politischen Effekt haben könne. Das Bild vom aggressiven, unterdrückenden Westen würde sich wandeln. Er schreibt:

„Was wir hier mit den Arabern machen, wird das Bild, das sie in der Region von uns haben, prägen. Das ist eine heikle Aufgabe und ein riesige Chance. (...) Wegen dieser historischen Aussichten wäre es äußerst kurzsichtig, nun zu versuchen, das leidlich freundliche Willkommen wieder in eine Abschreckungskultur zu verwandeln. Sollte diese Chance zur Versöhnung verspielt werden, entsteht so viel Wut, dass wir sie militärisch und geheimdienstlich nicht wieder einfangen können.“ So betrachtet ist der mitmenschliche Impuls ein größerer Beitrag gegen die Wut und den Hass im Vorderen Orient und den daraus entstandenen Terrorismus als alle militärischen und sicherheitspolitischen Abwehrmaßnahmen.

Statt einer Kultur der Gleichgültigkeit fordert Papst Franziskus eine Hinwendung zu den Vernachlässigten und Unerwünschten. In diesem Zusammenhang bewertet er auch kirchlichen Besitz neu, wichtiger aber noch, er eröffnet eine zentrale Dimension des Glaubens. 2013 sagt er im Flüchtlingszentrum der Jesuiten: „Die leeren Klöster braucht die Kirche nicht, um sie in Hotels zu verwandeln. Die leeren Klöster gehören nicht euch, sie sind für das Fleisch Christi, das die Flüchtlinge sind.“

Das Evangelium sagt, wer den geschundenen Mitmenschen sieht und seine Anfrage hört, kann ihm zum Nächsten werden. Wer sieht, was ein anderer Mensch in seiner Not benötigt, lindert nicht nur diese, er eröffnet neue Perspektiven des Zusammenlebens.

Aus dem Nachtgebet auf der Bistumsversammlung

Beim Nachtgebet mit dem Titel „Was macht das kapitalistische System mit den Menschen?“ waren die Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und die Flüchtlinge die Schwerpunkte. Im Zusammenhang mit der Stellungnahme oben werden besonders aus diesem Teil einige Texte angefügt – das Nachtgebet insgesamt – auch mit den Passagen zu den Auswirkungen in unserer Gesellschaft – befindet sich auf unserer Internetseite.

Ausgangspunkt für beide Aspekte war der nachfolgende Abschnitt aus dem Buch Deuteronomium:

5,12 Beachte den Sabbattag, um ihn heilig zu halten, so wie der HERR, dein Gott, es dir geboten hat! **5,13** Sechs Tage sollst du arbeiten und all deine Arbeit tun; **5,14** aber der siebte Tag ist Sabbat für den HERRN, deinen Gott. Du sollst [an ihm] keinerlei Arbeit tun, du und dein Sohn und deine Tochter und dein Sklave und deine Sklavin und dein Rind und dein Esel und all dein Vieh und der Fremde bei dir, der innerhalb deiner Tore [wohnt], damit dein Sklave und deine Sklavin ruhen wie du. **5,15** Und denke daran, dass du Sklave warst im Land Ägypten und daß der HERR, dein Gott, dich mit starker Hand und mit ausgestrecktem Arm von dort herausgeführt hat! Darum hat der HERR, dein Gott, dir geboten, den Sabbattag zu feiern.

Folgende Sachtexte wurden gelesen und besprochen:

1. Neuzeitliche Völkerwanderung – Peter Vonnahme

Menschen, die an ihren Wohnorten tagtäglich um ihr Leben fürchten müssen, sei es wegen Hungersnot oder wegen Kriegsgefahren, haben die Wahl zwischen Pest und Cholera. Entweder sie bleiben und kommen (höchstwahrscheinlich) um oder sie begeben sich auf einen langen und risikoreichen Weg mit höchst ungewissem Ende. Millionen haben sich für letztere Variante entschieden. Sie nehmen Entbehrungen, Krankheiten und die Gefahr von Raubüberfällen auf sich, durchqueren zu Fuß oder per Anhalter Wüsten, Savannen und feindliche Stammesgebiete. Im Regelfall wandern sie nach Norden oder nach Westen, zumeist Richtung Meer. Wenn sie dann mit viel Glück nach Monaten entkräftet und ausgelaugt an einer Küste ankommen, dann beginnt die nächste, nicht minder gefährliche Etappe ihrer Wanderung. „Schlepper“ nehmen ihnen das Geld ab, das ihnen ihre Familien beim Abschied mit der dringenden Bitte anvertraut haben, sie am Ziel ihrer Wanderung nicht zu vergessen. Es beginnt die Zeit des Wartens. Wenn die Elendsflüchtlinge dann irgendwann bei Nacht in überladene und seeuntüchtige Boote gepfercht werden, können sie nur noch beten, dass sie lebend über das Meer kommen. Natürlich wissen sie um die Gefahren der Überfahrt, aber sie nehmen die Todesgefahr in Kauf, um dem fast sicheren Tod zu entgehen. Viele ertrinken, nicht zuletzt deswegen, weil die Länder ihrer Sehnsucht nicht das geringste Interesse daran haben, dass sie jemals dort ankommen.

Was wir derzeit in TV-Bildern sehen, sind Flüchtlingsströme von Arm nach Reich und solche aus Kriegsgebieten in vermeintlich sichere Zufluchtsorte. Wir, die alteingesessenen Bewohner der wohlhabenden und befriedeten Länder Europas, müssen diese Entwicklung nicht schön finden. Doch darauf kommt es überhaupt nicht an. Denn niemand fragt uns nach unserer Meinung. Die Elenden und Verzweifelten dieser Welt machen sich einfach auf den Weg. Auf Gedeih und Verderb.

Ende 2013 gab es nach dem Jahresbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) weltweit 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene; ein Jahr später waren es 10 Millionen mehr. Die Hälfte dieser Flüchtlinge sind Kinder. Etwa 20 Millionen Menschen leben heute im ausländischen Exil. Allein aus Afghanistan und Syrien flüchteten je ca. 2,5 Millionen, aus Somalia ca. 1,2 Millionen und aus dem Irak gut 400.000. Die meisten dieser Flüchtlinge leben heute in riesigen Lagern in der

Türkei, in Pakistan, im Libanon und im Iran, somit in Ländern, die bereits vor Eintreffen der Flutwellen erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme hatten. Diese Aufnahmeländer haben nicht annähernd den Wohlstand der entwickelten europäischen Staaten. Gleichwohl müssen sie versuchen, die erdrückende Flüchtlingslast zu bewältigen. Die Lage in den Flüchtlingslagern ist oft katastrophal.

Ein Ende dieses Flüchtlingsstroms ist nicht in Sicht. Er folgt archaischen Verhaltensmustern. Wir können versuchen, Mauern aufzurichten, um unseren Reichtum zu verteidigen. Aber diese Mauern werden dem Andrang von Abermillionen auf Dauer nicht standhalten.

Es zeugt von wenig Nachdenklichkeit, all die Menschen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen, in Kasernen, in Turnhallen und desolaten Wohnhäusern untergebracht sind, als Wirtschaftsflüchtlinge und Asylbetrüger zu beschimpfen. Ihr Ziel ist im Regelfall nicht die viel beschworene „soziale Hängematte“, sondern das nackte Überleben. Ich habe in meiner langen Tätigkeit als Asylrichter die Schicksale vieler Asylbewerber kennengelernt. Die weitaus meisten wurden nicht als asylberechtigt anerkannt, weil sie nicht „politisch“ verfolgt waren. Entscheidend ist jedoch, dass nach meiner sicheren Erinnerung nahezu alle Asylbewerber einen überaus triftigen Grund für das Verlassen ihrer Heimat hatten.

2. Dublin-Regime

Das Dublin-Regime, diese perfide Regel, wonach Flüchtlinge lediglich in jenem europäischen Land, welches sie zuerst betreten, Asyl beantragen und dauerhaft leben dürfen, ist mehr oder weniger eine deutsche Erfindung. Die Logik dahinter: Randstaaten, Krisenländer wie Griechenland oder Bulgarien, sollen sich um die Flüchtlinge kümmern, nicht die reichen Nationen im Zentrum des Kontinents. Erst als das System offensichtlich kollabierte und die Länder an den Außengrenzen begannen, Flüchtlinge weiterzuschicken, stellten deutsche Politiker das Abkommen in Frage.

3. Heitmeyer/Augstein

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat schon vor Jahren prophezeit: "Unsere Analysen lassen erwarten, dass eine Zunahme menschenfeindlicher Einstellungen und Verhaltensweisen davon abhängt, inwieweit immer mehr Menschen in unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse, politische Ohnmachtsempfindungen und instabile emotionale Situationen,

kurz: in prekäre Anerkennungsverhältnisse geraten." So ist es eingetreten. Je weniger Anerkennung ein Mensch selbst erfährt, desto weniger kann er für andere Menschen aufbringen.

Schuldbekennnis:

Sie sind allesamt Sünder und ermangeln des Ruhmes, den sie bei Gott haben sollten." (Röm 3,23)

Wir alle haben gesündigt und mangeln des Ruhmes, den wir bei Gott haben sollten. Darum lasst uns beten:

Vater, vergib! Den Hass, der Rasse von Rasse trennt, Volk von Volk, Klasse von Klasse:

Vater, vergib! Das habsüchtige Streben der Menschen und Völker, zu besitzen, was nicht ihr eigen ist:

Vater, vergib! Die Besitzgier, die die Arbeit der Menschen ausnutzt und die Erde verwüstet:

Vater, vergib! Unsere Selbstbezogenheit, die nicht das Gesicht des Nächsten sucht und Menschen von Menschen trennt:

Vater, vergib! Unseren Neid auf das Wohlergehen und Glück der anderen:

Vater, vergib! Unsere mangelnde Teilnahme an der Not der Heimatlosen und Flüchtlinge:

Vater, vergib! Die Gleichgültigkeit, die Leib und Leben anderer zugrunde richtet:

Vater, vergib! Den Hochmut, der uns verleitet, auf uns selbst zu vertrauen und nicht auf dich:

Vater, vergib!

Lehre uns, o Herr, zu vergeben und uns vergeben zu lassen, dass wir miteinander und mit dir in Frieden leben. Darum bitten wir um Christi willen.

Fürbitte und Segen

Gott, der Du unseren Blick schärfst für die Ungerechtigkeiten unserer Welt, Gott, der Du uns erkennen lässt, wie es aussehen kann: ein Leben in Fülle für alle Menschen.

Segne unsere Herzen, Gott, dass wir Mut fassen, Gerechtigkeit zu schaffen überall auf der Welt, wo sie noch fehlt.

Segne unsere Herzen, dass wir aufmerksam bleiben für die Ungerechtigkeiten zwischen arm und reich, zwischen Mächtigen und Überflüssigen, zwischen den Völkern der Kontinente.

Segne unser Denken, dass wir zu Sichtwechseln fähig werden, die die Welt zu dem werden lassen, was sie ist: Deine Schöpfung, uns anvertraut.

Segne unser Handeln, Gott, dass durch unser Tun für immer mehr Menschen ein Leben in Würde und Freiheit möglich wird.

Segne unser Handeln, dass wir anpacken und verändern, was nicht länger so bleiben darf wie es ist.

So segne uns, Gott, dass wir miteinander teilen und lebendig halten, was Du uns geschenkt hast: die Schätze der Erde, Du, + der Vater und der Sohn und der Heilige Geist.

Weitere Schrifttexte zum Thema „Auf der Flucht“ waren:

Genesis 46,1-6b; die Psalmen 142 und 146

„Kauft ohne Geld Wein und Milch!“ (Jes. 55,1) oder Über Geld redet man nicht!?

Dankenswerterweise durften wir diesen Artikel von Ingo Schrooten aus dem Netztelegramm 2015/2 abdrucken. Damit haben wir in dieser Ausgabe des Rundbriefes zusammen mit der nachfolgenden Predigt von Heri Böttcher und den Auszügen vom diesjährigen Politischen Nachtgebet Zeugnisse von den Schätzen der Bibel.

Das stimmt natürlich nicht. Gerade in den westlichen Kirchen wird in den letzten Jahren sehr viel über Geld geredet. Und immer ist der Tenor: Wir haben nicht mehr so viel wie früher. Wir müssen sparen. Wir müssen den finanziellen Sinkflug der Kirchen bewusst gestalten.

Leise regen sich weiter gehende Gedanken: Über den Umgang der Kirchen mit Geld müssten wir grundsätzlicher nachdenken. Und manchmal lassen sich auch in den Kirchen Überlegungen finden, die noch weiter fragen. Es geht um allgemeine gesellschaftliche Verhältnisse. Dumpf regt sich das Gefühl, dass irgendwas grundsätzlich schief läuft. Leider bleiben

die meisten Denkversuche in moralischen Appellen stecken: Falsches Verhalten wird beklagt und verantwortlicher Umgang angemahnt.

Im Ökumenischen Netz wollen wir radikaler denken und handeln. Uns ist deutlich, dass Geld abstrakter Ausdruck einer Gesellschaftsform ist, die dem Willen Gottes grundsätzlich widerspricht. Dabei beziehen wir uns auf eine breite Glaubensstradition, die sich durch das Alte und das Neue Testament zieht. Dieser Fährte will ich in unserer biblischen Besinnung mit dem Bezug auf einige ausgewählte Bibelstellen folgen.

Also: Lasst uns über Geld sprechen – und auf die Perspektive einer Gesellschaft ohne Geld hinweisen.

1. Geld hat man!?

1.1 Geld war schon immer da!?

„Geld hat man“ – eine saloppe Redensart, hinter der die heute weiterhin angesagte Denkart steckt: Geld ist eben da, wenn auch viele Menschen keine oder wenig Verfügungsgewalt darüber haben. Und: Es war schon immer da. So als sei es ein typischer Ausdruck menschlicher Kommunikation. Dagegen muss sich historische und theologische Kritik regen. Historisch lässt sich belegen, dass es Gesellschaften ohne Geld gab (vgl. 2.). Spuren eines Gütertauses ohne Geld lassen sich auch heute finden. Theologisch steht hinter dem Eindruck der Übergeschichtlichkeit des Geldes ein Anspruch von Ewigkeit und Absolutheit, den wir unserer Tradition nur von dem einen und einzigen Gott aussagen können (vgl. 3.).

1.2 Geh ordentlich mit dem Geld um!?

„Geld hat man“ – die Redensart unterstellt, dass es einen „feinen“ Umgang mit Geld gibt. Diesen Gedanken weiter ausgeführt befinden wir uns im Mainstream aller Diskurse über Geld: Die Gefahr des falschen, bösen Umgangs mit Geld ist bewusst. Man muss es nur richtig machen, dann wird alles gut. Dagegen wendet sich radikale Kritik: Welchen Sinn haben Appelle, die auf ein Wohlverhalten zielen, während die Entwicklung in die andere Richtung geht: Die weltweite Verteilung des Reichtums und damit auch die Verfügbarkeit über Geld wird immer ungleichgewichtiger. Die konkrete Zerstörungskraft des auf Geld bezogenen Handelns wird immer deutlicher. Menschen und ihre Umwelt gehen zugrunde. Wir müssen die Mechanismen einer Gesellschaft, die diese Entwicklung zeigt, so kritisie-

ren, dass es an ihre Wurzeln geht. Die Perspektive einer anderen Gesellschaft, dann auch einer Gesellschaft ohne Geld, ist notwendig (vgl. 4.).

2. Eine (biblische) Geldgeschichte

Mir geht es jetzt darum, in aller Kürze und Vereinfachung Spuren einer Geschichte des Geldes zu zeigen, die sich in der Bibel finden. Sie lassen sich auch grundsätzlich in der menschlichen Wirtschaftsgeschichte nachweisen.

2.1 Ohne Geld fing es an

Im frühen Israel (vor über 3000 Jahren) herrschte Subsistenzwirtschaft vor. Die Familie bzw. Sippe erwirtschaftete das für ihr Leben Notwendige selbst. Land wurde in der Regel vererbt und nicht verkauft. Oft galt es als Erbesitz Gottes (z.B. Ps 68,10). Was zum Lebensunterhalt fehlte, wurde eingetauscht, zunächst im Tausch von Gut zu Gut. Aufgrund der besseren Vergleichbarkeit entwickelte sich das Geld als allgemeines Äquivalent zwischen Gütern. In den frühen Texten zeigt sich, dass dies vor allem im Kontakt mit Nachbarvölkern und im besonderen Fall geschah, so beim Kauf des Grabes für Sarah (Gen 23,9), beim Verkauf eines Familienmitgliedes als Sklave (Gen 37,28) oder in Hungerzeiten beim Einkauf von Getreide (Gen 43,12). Das hebräische Wort für Geld (käsöp) heißt gleichzeitig Silber und meinte lange Zeit kein Münzgeld, sondern ein Silbergewicht. Erst die Perser (550 v. Chr.) führten Münzen mit Gewichtsprägungen ein.

2.2 Entwickelter Austausch

In der Königszeit Israels wächst der Einfluss des Geldes. Steuern für die Finanzierung des königlichen Haushaltes (1. Kö 4,7) werden eingetrieben, ebenso für die kultischen Bauten (z.B. 2. Kö 12,5-7) oder für internationale Tributzahlungen (2. Kö 15,20), Arbeiter werden auch mit Geld entlohnt (2. Kö 12,12f).

Gleichzeitig entwickeln sich große soziale Unterschiede. Im Gegensatz zu der annähernd egalitären Gesellschaft im frühen Israel klafft die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander. Die Anklage der Propheten dagegen lässt sich in vielen Texten finden. Die Armen werden gekauft und verkauft (Am 2,6 und 8,6).

Der Widerspruch dieses Gesellschaftssystems zu dem, was Gott mit seinem Befreiungshandeln intendierte, ist so grundsätzlich, dass nur die vollständige Vernichtung als Perspektive vorstellbar ist (Am 2,6-16).

2.3 Geld als abstrakter Ausdruck der Warengesellschaft

Aktuell hat die Bedeutung des Geldes eine qualitativ neue Stufe erreicht. Biblische Spuren können sich dafür nicht finden lassen, weil sie in der entwickelten Form vielleicht gerade 250 Jahre alt ist.

Wir leben in einer Warengesellschaft. Gegenstände werden produziert, um aus Geld mehr Geld zu machen. Vorrangig ist ihr Tauschwert, ihr Gebrauchswert ist nur insofern wichtig, als er Voraussetzung für den Austausch ist. Menschenwürde, Schonung der Umwelt, Nachhaltigkeit u. ä. sind nur nachrangige Kriterien. Sind sie verkaufsfördernd, werden sie eingehalten. Hemmen sie die Geldvermehrung und die fortlaufende Bewegung der Ware, sind sie verzichtbar.

Menschen werden gekauft und verkauft, die Umwelt wird gekauft und verkauft. Letztlich ohne Rücksicht auf Verluste droht unsere aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftsform die ganze Welt zu einer Ödnis zu verwandeln.

3. Jetzt wird gewertet: Geld oder Gott

In den biblischen Texten findet sich Kritik an der Ungleichheit zwischen Menschen, an Armut und an Ungerechtigkeit vielfältig. Sie hat auch ethische Vorstellungen zum verantwortlichen Umgang mit Geld zur Konsequenz. Es sind Versuche, der Reform dem Problem der Ungerechtigkeit Herr zu werden. In der Tendenz der biblischen Texte lässt sich aber immer deutlicher die Vorstellung erkennen, dass etwas völlig Neues notwendig ist. Die Kritik am Geld wird zu einer grundsätzlichen Kritik an der Gesellschaft. Ich möchte exemplarisch dafür drei neutestamentliche Texte bemühen:

3.1 Die persönliche Empfehlung: Geh einen anderen Weg (Mk 10,17-22)!

„Was soll ich tun?“ So fragt ein wohlhabender junger Mann Jesus und erhält eine Antwort, die er nicht erwartet hat. Jesus macht ihm deutlich: Er geht nicht den richtigen Weg. Es geht um eine Alternative. Obwohl er sich an die Regeln der Thora hält, die einen verantwortlichen Umgang mit Geld und Besitz intendieren, reicht das nicht. Der grundsätzliche Bruch

mit einem Gesellschaftssystem, in dem diese im Mittelpunkt stehen, ist gefordert. Umkehr ist notwendig. Und das hätte nach Jesu Einschätzung weitreichende persönliche Konsequenzen. Der Reiche damals ist nicht bereit, sie einzugehen. Was sie für uns bedeuten, gilt es in unseren Zusammenhängen zu diskutieren. Wir kommen aber nicht darum herum, dass der Weg der Gerechtigkeit den Rahmen unseres aktuellen Gesellschaftssystems sprengen muss.

3.2 Die politische Empfehlung: Schmeißt die Brocken hin (Mk 12,13-17)!

Die Frage nach dem Umgang mit der römischen Steuer beantwortet Jesus mit dem Hinweis auf eine römische Münze, den Denar. Die dargestellte Gottesverehrung des römischen Kaisers bringt Jesus zu der Aufforderung: Gebt dieses Zeug weg, schmeißt es dem Kaiser vor die Füße. Wenn ihr Gott geben wollt, was er will, ist ein Handeln gefragt, dass die Alternative zu diesem System aufmacht. Für unsere aktuelles politisches Handeln gilt, dass der Widerspruch zum herrschenden Gesellschaftssystem, dem System der Herrschaft des Geldes, der Herrschaft von Menschen über Menschen, beibehalten werden muss.

3.3 Die Glaubensempfehlung: Entscheidet euch, Geld oder Gott (Mt 6,24)!

Hier befindet sich Jesus in seiner Gegenüberstellung in guter prophetischer Tradition. Es geht um eine Alternative. Der Gott, der sich auf die Seite der Kleingemachten stellt und für die Befreiung aus Unterdrückung steht, verträgt sich nicht mit der Huldigung von Geld und Besitz. Wo Gott „Herrscher“ ist, darf es keine anderen Machthaber, keine Herrschaft von Menschen über Menschen geben. Solange also dem Mammon (aramäisch: mamona) gedient wird, solange es Reiche gibt und Arme, solange der Zweck der Produktion einzig die Geldvermehrung ist, wird Gott verachtet. Wer wirklichen Gottesdienst feiern will, stellt den Bruch mit Gesellschaftssystemen (zu Jesu Zeiten mit der römischen Sklavenhaltergesellschaft, aktuell mit der Warengesellschaft) zur Disposition, die Gott und seinem Willen widersprechen (vgl. Am 5,21-25 u.a.).

4. Kauft ohne Geld – die Perspektive einer anderen Gesellschaft (Jes 55,1-3)

Wie oft wurde uns vorgeworfen, dass wir in der Negation stecken bleiben. Es geht uns um den Versuch, zu analysieren, zu verstehen, wie unsere Gesellschaft „tickt“, um tatsächlich dann unseren Widerspruch zu schärfen

und deutlich zu formulieren: Unsere gegenwärtige Gesellschaftsform zerstört Menschen und Natur und steht im Gegensatz zu dem, was Gott will. Wir stehen mit unserer Kritik in guter prophetischer Tradition. Auch viele Propheten haben vorrangig angeklagt und den Untergang des Gott leugnenden Systems angesagt. Und doch wünschen und erwarten wir mehr.

„Wir erwarten einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt,“ (2. Petr.3,13). Zaghafte wagen wir Versuche, uns vorzustellen, wie es anders geht: Gesellschaft, in der nicht Bedürfnisse geweckt werden, um Waren gut platzieren zu können, eine Gesellschaft, die Geborgenheit und „Heimat“ für alle bietet, eine Gesellschaft, in der alle das bekommen, was sie brauchen, eine Gesellschaft, in der nicht gehetzt und nach unten getreten wird, sondern solidarisch geteilt.

Und wieder befinden wir uns in guter prophetischer Tradition. Jesaja formuliert eine konkrete Hoffnung. Alle Menschen werden Zugang zu dem haben, was sie zum Leben brauchen, Wasser und Brot. Und darüber hinaus werden sie sich an Luxusgütern bedienen können, sie dürfen genießen und laben, Wein und Milch, Gutes und Fettiges.:

Auf, geht zum Wasser, all ihr Dürstenden,
und die ihr kein Silber habt, geht,
kauft Getreide, und esst,
und geht, kauft Getreide, nicht für Silber
und Wein und Milch, nicht für Geld!
Warum bietet ihr Silber für etwas, das kein Brot ist,
und euren Verdienst für das, was nicht sättigt?
So hört mir zu, und esst Gutes,
damit ihr eure Freude habt am Fett.
Neigt euer Ohr, und kommt zu mir!
Hört, dann werdet ihr leben,
und ich will einen ewigen Bund mit euch schließen:
Die unverbrüchlichen Gnadenerweise für David. (Jes 55,1-3)

Noch einmal: Lasst uns über Geld sprechen, über die zerstörerische Kraft des herrschenden Gesellschaftssystems – und auf die Perspektive einer neuen, guten Gesellschaft ohne Geld hinweisen. Oder wie Jesus es formulierte: „Nahe gekommen ist das Reich Gottes. Kehrt um!“ (Mk 1,15)

Ingo Schrooten

1. Advent 2015

Lk 21,25-28; 34- 36; weitere Lesungen: Gen 18,1-15; Jer 33,14-16

25 Und es werden Zeichen geschehen an Sonne und Mond und Sternen, und auf Erden wird den Völkern bange sein, und sie werden verzagen vor dem Brausen und Wogen des Meeres, **26** und die Menschen werden vergehen vor Furcht und in Erwartung der Dinge, die kommen sollen über die ganze Erde; denn die Kräfte der Himmel werden ins Wanken kommen. **27** Und alsdann werden sie sehen den Menschensohn kommen in einer Wolke mit großer Kraft und Herrlichkeit. **28** Wenn aber dieses anfängt zu geschehen, dann seht auf und erhebt eure Häupter, weil sich eure Erlösung naht. 34 Hütet euch aber, dass eure Herzen nicht beschwert werden mit Fressen und Saufen und mit täglichen Sorgen und dieser Tag nicht plötzlich über euch komme wie ein Fallstrick; 35 denn er wird über alle kommen, die auf der ganzen Erde wohnen. 36 So seid allezeit wach und betet, dass ihr stark werdet, zu entfliehen diesem allen, was geschehen soll, und zu stehen vor dem Menschensohn.

Predigt

„Am ersten Advent kommt wieder das schreckliche Evangelium vom Ende der Welt.“ Diese Bemerkung einer Tante habe ich aus Kindertagen in Erinnerung. Es gab Zeiten, in denen dieses Evangelium die Menschen in Angst und Schrecken versetzte. Heute lässt sich kaum noch jemand davon ängstigen. Viele meinen durchschaut zu haben, dass sich in unserem Evangelium lediglich ein altes von Mythen geprägtes Weltbild widerspiegelt. Theologen raten, den Text zu entmythologisieren, d.h. von den alten Weltbildern zu reinigen.

Damit aber ist die Zuspitzung unsres Evangeliums verfehlt. In seinen Bildern drückt sich keine Angst vor mythischen Mächten und Gewalten aus. Es geht um irdische Mächte, die Menschen in ausweglose Katastrophen stürzen. Damals war es der Krieg der Römer gegen die Juden, der viele in Flucht und Verzweiflung trieb. Für die Juden brach mit der Zerstörung des Tempels eine ganze Welt zusammen. Christen erhofften das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit und mit ihm die Wiederkunft Christi. Das Gegenteil geschah: Statt einer neuen Welt erlebten sie eine Katastrophe. Der Herrschaft von Gewalt und Tod wurde

nicht überwunden. Vielmehr steigerte sich das Töten in ungeahnte Dimensionen.

So gelesen – spricht das Evangelium in unsere zeitgeschichtliche Situation. Flüchtlinge stehen vor unseren Toren. In ihnen begegnet uns die Dynamik der Zerstörung und des Todes, die sich über den Globus ausbreitet: Zerstörung der Lebensgrundlagen, zerfallende Staaten, Plünderungskriege um den Zugriff auf die Zerfallsmassen, in vielen Teilen der Welt ein Kampf aller gegen alle um das nackte Überleben. Und in all dem die Anschläge in Paris und an anderen Orten. In der sinnlosen gleichsam zum Selbstzweck gewordenen Gewalt explodiert die Perspektivlosigkeit einer Welt, die ihre eigenen Lebensgrundlagen zerstört.

Menschen können Geschichte machen. Das war die große Entdeckung der Neuzeit. Heute könnte es heißen: Menschen können der Geschichte ein Ende machen. Sie haben ein System geschaffen, das den Globus dem „Fetischismus des Geldes“ unterwirft – wie Papst Franziskus sagt. Es ist ein System, das an sein Ende kommt, weil es unter dem Zwang der Geldvermehrung seine eigenen Grundlagen und die Grundlagen des Lebens zerstört. Alte mythische Weltbilder scheinen durchschaut. An ihre Stelle ist aber ein neuer moderner Mythos getreten, der des ewigen Fortschritts auf der Grundlage der Vermehrung des Geldes. Der Systemzwang zum ‚Weiter so!‘ schafft ein modernes Sklavenhaus. Ein Ausweg aus all dem scheint verschlossen.

Der Advent flieht nicht aus der Welt, sondern hält der Wirklichkeit, die Menschen erleiden, stand. In sie hinein buchstabiert er die große biblische Erzählung von Gottes Geschichte mit seinem Volk und darin mit der ganzen Menschheit. Zu ihren Ursprüngen gehört die Berufung Abrahams. Ihm wird versprochen, Stammvater eines großen Volkes zu werden. Mit dieser Verheißung soll er in ein neues Land aufbrechen. Er bricht auf, aber die Verheißung erfüllt sich nicht. Sein Weg führt in eine Hungersnot. Und dann der verschlossene Schoß Saras und Abrahams Alter. Was soll aus der großen Verheißung werden, zu der Abraham aufgebrochen ist?

Unsere Lesung erzählt, wie dem ahnungslosen Abraham Gott in drei Fremden entgegenkommt. Abraham nimmt die Fremden gastfreundlich auf. Als Gastgeschenk hinterlassen sie ihm die Ankündigung der Geburt

eines Sohnes. Darüber kann Sara nur lachen. Es ist das Lachen der vermeintlichen Realisten. Wer in einer geschichtlichen Situation, die so verschlossen ist wie Saras Leib, noch an einem Ausweg festhält, macht sich lächerlich. Gegen Saras Lachen steht die bescheidene Frage der Fremden: „Ist beim Herrn etwas unmöglich?“ Sie hält die Möglichkeit neuen Lebens offen. Sie wehrt sich dagegen, dass aus geschichtlichen und damit endlichen Fakten endgültige Schlüsse gezogen werden. Gegen die vermeintliche Endgültigkeit von Tatsachen bekräftigt sie die Verheißung: Sara wird einen Sohn haben. Gegen die Verschlossenheit von Saras und Abrahams Leben, gegen die Verschlossenheit der Geschichte steht Gottes Wort, das dem Leben zum Durchbruch verhelfen will.

Von Sara über Jeremias Ankündigung eines Sprösslings, der endlich für Recht und Gerechtigkeit im Land sorgen wird, bis hin zur Hoffnung auf den Menschensohn reicht der Bogen der Großen Erzählung der Bibel. Sie erzählt davon, wie Menschen sich geweigert haben, verschlossene Welten als endgültig verschlossen hinzunehmen. Sie tun es aus der Kraft der Verheißung, die in Gottes Wort steckt. Sie verschafft sich Ausdruck in der Verheißung von Nachkommenschaft, in der Verheißung neuen Lebens in der Gestalt eines Kindes. Mit diesem neuen Leben geht das Leben nicht nur weiter, sondern wird neu, anders.

Im Evangelium des heutigen Sonntags erscheint Gottes Wort des Lebens im Bild des Menschensohns. Aus der Welt Gottes tritt er der Herrschaft zerstörerischer Gewalt entgegen. Er öffnet den Blick auf eine Alternative der Menschlichkeit, auf das neue Leben einer menschlichen Welt, auf Gottes Reich und seine Gerechtigkeit, das in einer Welt voller Katastrophen ankommen soll. Wer seine Hoffnung auf Gott und seinen Menschensohn setzt, sucht nach Öffnungen und Auswegen der Menschlichkeit. Er passt sich nicht an, sondern richtet sich auf. Er steckt den Kopf nicht resigniert in den Sand, sondern erhebt das Haupt, weil er nicht davon lassen kann, dass Gott das letzte Wort in der Geschichte spricht.

Solch unangepasste Haltungen sind von Spott und Hohn der sog. Realisten ebenso wie von Resignation bedroht. Deshalb warnt das Evangelium, in „Rausch und Trunkenheit“ zu flüchten. Heute bieten die Unterhaltungsindustrie sowie die Event- und Esoterikmärkte Glücks- und

Betäubungsmittel an. Sie versprechen, das Leben zu erleichtern. Aber die Mechanismen der Zerstörungen bleiben und mit ihnen das Gefängnis, in dem sie geschehen. In den „Sorgen des Alltags“ kann der Blick auf das Ganze der Welt und der Menschheitsgeschichte schnell verloren gehen. Menschen richten sich in der Verslossenheit ihrer kleinen Welten ein und meinen, sich damit vor drohenden Katastrophen abschotten zu können.

Vielleicht tun sich Menschen mit Gott so schwer, weil es ihnen so schwer fällt, über sich selbst, über die Grenzen der eigenen kleinen Welten hinauszublicken auf das Ganze der Welt und der Geschichte, auf die Solidarität aller Menschengeschwister und darin auf Gott. Im Überschreiten der eigenen Verslossenheiten könnten sie etwas von dem Gott erahnen, der alle Grenzen überschreitet, die von Raum und Zeit, aber auch die Grenzen aller Sklavenhäuser in der Geschichte, auch die Grenzen unsers heutigen Sklavenhauses. In seinen Grenzen von Produktion und Konsum für die scheinbar unendliche Vermehrung des Geldes hat es keine Perspektive. Aber Menschen können diese Grenzen hin auf eine grundlegende Neuorientierung des Lebens und des Zusammenlebens überwinden. Die Öffnung des verschlossenen Leibes Saras für neues Leben ist ein Bild dafür, dass geschlossene Grenzen überwunden werden und neues Leben möglich wird. Gott begnügt sich nicht damit, das Leben in verschlossenen Sklavenhäusern durch Rausch- und Betäubungsmittel etwas zu erleichtern. Er will sie überwinden.

Entsprechend mahnt unser Evangelium zu Wachsamkeit und Gebet. Wachsamkeit meint den nüchternen Blick auf die Wirklichkeit, die nüchterne Analyse, das kritische Wort und die Suche nach einer neuen Gesellschaft jenseits des Sklavenhauses. Beten ist nicht frommes Einverständnis mit der Welt, wie sie ist. Es taucht ein in einen Gott, der Grenzen überschreitet. Das macht unangepasst und rebellisch gegen die die Sklavenhäuser. Im Beten drückt sich die Sehnsucht aus, dass es bei all den Katastrophen in der Geschichte nicht bleibe, dass Unrecht und Gewalt nicht über ihre Opfer triumphieren. Gerade angesichts des Leidens von Menschen bitten wir darum, dass es Advent werde, dass Gott und sein Menschensohn kommen. Wie Gott am Anfang Himmel und Erde geschaffen hat, so soll er am Ende einen neuen Himmel und eine neue Erde der Menschlichkeit schaffen. Weil wir Gott und sein Reich so

schmerzlich vermissen, hat das Gebet sogar Platz für Klagen und für Zweifel bis hin zur Furcht, dass es diesen Gott nicht geben könnte.

Im Gebet können wir all das Gott selbst sagen, ihn sozusagen ‚ins Gebet‘ und in die Pflicht nehmen. In ihm bewahren wir unsere Wachsamkeit und Widerstandskraft gegen alle zerstörende Gewalt. Der Kern aller Gebete ist der Schrei nach dem Kommen des Menschensohns: „Komm, Herr Jesus komm.“ Er ist das letzte Wort der Bibel – getragen von der Hoffnung, dass Gott gegen die Verschlössenheiten der Geschichte das letzte Wort haben möge, dass er sie öffnen möge wie Saras Schoß und wie das Grab seines gekreuzigten Menschensohns.

Herbert Böttcher

Das Sonntagevangelium wird an dieser Stelle ergänzt mit einem Abschnitt Aus: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland (1971 – 1975): Beschluss: Unsere Hoffnung. Ein Bekenntnis zum Glauben in dieser Zeit, Abschnitt I 4. Diese Ergänzung brachte Michael Koob beim Schriftgespräch über das obige Evangelium in der letzten Vorstandssitzung ein.

Gericht

Eng verbunden mit unserer Hoffnung auf die Auferweckung der Toten ist die christliche Hoffnung als Erwartung des endzeitlichen Gerichts Gottes über unsere Welt und ihre Geschichte, wenn der Menschensohn wiederkommt. Lässt sich aber die Botschaft vom Gerichte Gottes überhaupt als Ausdruck unserer Hoffnung artikulieren? Gewiss, sie mag unseren eigenen Fortschritts- und Harmonieträumen, mit denen wir gern unsere Vorstellung vom „Heil“ verbinden, widersprechen.

Doch in ihr drückt sich gleichwohl ein verheißungsvoller Gedanke unserer christlichen Botschaft aus: nämlich der spezifisch christliche Gedanke von der Gleichheit aller Menschen, der nicht auf Gleichmacherei hinausläuft, sondern der die Gleichheit aller Menschen in ihrer praktischen Lebensverantwortung vor Gott hervorhebt, der aber auch allen, die Unrecht leiden, eine unverlierbare Hoffnung zusagt. Dieser christliche Gleichheitsgedanke ist auf Gerechtigkeit für alle aus und lähmt darum auch nicht das Interesse am geschichtlichen Kampf um Gerechtigkeit für alle, er weckt vielmehr immer neu das Verantwortungsbewusstsein für diese Gerechtigkeit. Wie anders sollten wir in seinem Gericht bestehen?

Freilich: Haben wir in der Kirche diesen befreienden Sinn der Botschaft vom endzeitlichen Gericht Gottes nicht selbst oft verdunkelt, weil wir diese Gerichtsbotschaft zwar laut und eindringlich vor den Kleinen und Wehrlosen, aber häufig zu leise und zu halbherzig vor den Mächtigen dieser Erde verkündet haben? Wenn jedoch ein Wort unserer Hoffnung dazu bestimmt ist, vor allem „vor Statthaltern und Königen“ (vgl. Mt 10,18) mutig bekannt zu werden, ist es offensichtlich dieses! Dann auch zeigt sich seine ganze Tröstungs- und Ermutigungskraft: Es spricht von der gerechtigkeitsschaffenden Macht Gottes, davon, daß unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit gerade nicht am Tode strandet, davon, daß nicht nur die Liebe, sondern auch die Gerechtigkeit stärker ist als der Tod. Es spricht schließlich von jener gerechtigkeitsschaffenden Macht Gottes, die den Tod als den Herrn über unser Gewissen entthront und die dafür bürgt, daß mit dem Tod die Herrschaft der Herren und die Knechtschaft der Knechte keineswegs besiegelt ist. Und dies sollte kein Wort unserer Hoffnung sein? Kein Wort, das uns freimacht, für diese Gerechtigkeit einzustehen, gelegen oder ungelegen? Kein Ansporn, der uns den Verhältnissen himmelschreiender Ungerechtigkeit widerstehen läßt? Kein Maßstab, der uns jedes Paktieren mit Ungerechtigkeit verbietet und uns immer wieder zum Aufschrei gegen sie verpflichtet, wenn wir unsere eigene Hoffnung nicht schmähen wollen?

Dabei verschweigen wir nicht, daß die Botschaft vom Gericht Gottes auch von der Gefahr des ewigen Verderbens spricht. Sie verbietet uns, von vornherein mit einer Versöhnung und Entsöhnung für alle und für alles zu rechnen, was wir tun oder unterlassen. Gerade so greift diese Botschaft immer wieder verändernd in unser Leben ein und bringt Ernst und Dramatik in unsere geschichtliche Verantwortung.

Die Erfindung der Taliban und Al Qaida

Gerade weil die Medien nicht mehr Afghanistan als Schwerpunkt behandeln, es sei denn, es geht um eine Katastrophe wie die Bombardierung des Krankenhauses in Kundus, veröffentlichen wir den nachfolgenden Beitrag von Matin Baraki.

Im April 1978 hatte die Demokratische Volkspartei Afghanistans das feudale Daud-Regime gestürzt und grundlegende Reformen eingeleitet.

In den strategischen Zentren des Westens stellte man fest, dass dieses Afghanistan keine Schule machen dürfe. Ansonsten würde die gesamte Region revolutioniert und die Ölversorgung des Westens gefährdet. Die iranische Revolution von 1979 bestätigte diese Befürchtung. Daraufhin wurde die Beseitigung der Regierung in Kabul beschlossen. Sie wurde als kommunistisch eingestuft und zu ihrer Bekämpfung der Islamismus erfunden. Das war die Geburtsstunde der Mujaheddin, Taliban und Al Qaida, also jener Islamisten, die wir nun weltweit beobachten.

Die Taliban waren Waisenkinder der afghanischen Flüchtlinge und Kinder armer pakistanischer Familien, die keine Schulausbildung finanzieren konnten. Sie wurden in den um Peshawar errichteten Koranschulen kostenlos unterrichtet, ideologisch geschult und später militärisch ausgebildet und ausgerüstet. Für ihre Organisierung und militärische Ausbildung sorgten die CIA und Pakistans Geheimdienst ISI, für die Finanzierung die arabischen Golfmonarchien. Sie waren die Geburtshelfer von Taliban und Al Qaida.

Der pakistanische Machthaber, General Zia Ul Haq, hatte ab 1980 neue Koranschulen errichten lassen, deren Zahl von Experten heute mit 50 000 angegeben wird. Selbst wenn sich von jeder Schule nur einer den Kämpfern anschließen würde, hätten die Taliban jährlich 50 000 Kämpfer. Dazu kommen afghanische, uigurische, turkmenische und arabische Taliban bzw. freiwillige Dschihadisten. Man kann von einer Internationale des Islamismus sprechen.

Erst nach dem 11. September 2001 erklärten die USA ihre ehemaligen Zöglinge zu Terroristen. Seit dreizehn Jahren führen sie nun einen gnadenlosen Krieg gegen sie. Viele ihrer alten durch die Jahre müde gewordenen Kommandanten, die zuletzt Kompromissbereitschaft signalisierten, wurden eliminiert, aber die Bewegung konnte nicht zerstört werden. Die jungen Taliban-Kommandanten sind kompromissloser. Wegen der Drohneneinsätze der CIA, wobei es zu vielen zivilen Opfern kam, schließen sich deren Angehörige als Freiwillige den Taliban an, gewähren ihnen Unterschlupf und geben ihnen Spenden. So können sich die Taliban in den Stammesgebieten wie Fische im Wasser bewegen. Sie werden von den erstarkten islamistischen Parteien Pakistans und aus arabischen Quellen weiterhin finanziert. Waffen kaufen sie auf dem Schwarzmarkt oder erbeuten sie

durch Überfälle der Konvois, die von Karatschi aus über den Khaybar-Pass die US-Besatzer in Afghanistan beliefern. Da sie von den islamistischen Parteien Pakistans als Freiheitskämpfer gegen die USA angesehen werden, erhalten sie von ihnen politische, personelle und finanzielle Unterstützung.

NATO-Strategen haben vor etwa vier Jahren eine Differenzierung der Talibanbewegung vorgenommen. Es wurde zwischen einheimischen und internationalen Taliban unterschieden. Einheimische hätten anders als Al Qaida keine internationale Agenda. Sie wollen nur fremde Soldaten aus ihrem Land vertreiben, deswegen könne man mit ihnen verhandeln. Ziel der westlichen Strategen war es, die Taliban in Afghanistan in die kolonial ähnlichen Strukturen zu integrieren und damit zu neutralisieren. Als die pakistanische Regierung diese Position auch für sich beanspruchte und mit den Taliban einen Waffenstillstand vereinbarte, wurde Islamabad von den USA ultimativ dazu aufgefordert, die Taliban weiter zu bekämpfen. Pakistans Armee führte mehrere Operationen durch, zuletzt im Frühjahr 2013, wobei auch Zivilisten getötet wurden. Die Taliban haben sich grausam gerächt. Ihre Selbstmordattentäter griffen am 16. Dezember 2014 eine von Kindern des Militärs besuchte Schule in Peshawar an, wobei über 140 Schüler bzw. Lehrer und die Angreifer ums Leben kamen. »Sie müssen fühlen, wie es ist, wenn man Kinder ermordet«, sagte ein Taliban-Sprecher an die Adresse des Militärs gerichtet.

Für eine Lösung des Konfliktes in und um Pakistan gibt es zu Verhandlungen mit den Taliban keine Alternative. Die westlichen Länder, allen voran die USA, sollten sich heraushalten. Es ist bewiesen worden, dass externe Faktoren die Probleme nicht lösen, sondern eher verschlimmern. Die USA sind längst nicht mehr nur Teil des Problems, sondern das Hauptproblem für die Konfliktlösung. Sie sind zu einem Hemmnis für eine friedliche Beilegung der innenpolitischen Konflikte in Afghanistan und Pakistan geworden.

Matin Baraki

Pilgern fürs Klima von Flensburg bis Paris

„Geht doch!“ – unter diesem Motto lud ein ökumenisches Bündnis aus Landeskirchen, Diözesen, christlichen Entwicklungsdiensten und Verbänden ein, sich zu Fuß von Flensburg zur Klimakonferenz in Paris

auf den Weg zu machen. Damit sollte die Dringlichkeit, in Paris ein verbindliches und faires Abkommen zur Begrenzung des CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre auszuhandeln, deutlich gemacht werden.

An die politisch Verantwortlichen in aller Welt waren folgende Forderungen gerichtet:

„Wir fordern ein rechtlich verbindliches, faires Klimaabkommen, das ab 2020 das Kyoto-Protokoll ablöst. Tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, damit alle Staaten entsprechend ihrer Möglichkeiten zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen, und gehen Sie selbst mit gutem Beispiel voran.

Vereinbaren Sie auf nationaler und internationaler Ebene gerechte, weitreichende und dauerhafte Klimaschutzmaßnahmen, die den Klimawandel stoppen und die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius halten können. Wir brauchen dafür ein Abkommen mit einer langfristigen Zielaussage, die einen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und eine Zukunft mit 100 % erneuerbaren Energien vorsieht.

Vereinbaren Sie eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für notwendige Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, für durch ihn hervor gerufene Verluste und Schäden und für die Unterstützung einer nachhaltigen, kohlenstoffarmen Entwicklung für die Menschen, die in den besonders vom Klimawandel betroffenen Ländern in Armut leben.“

Für die Tagesetappen von Bullay nach Wittlich und weiter nach Föhren war pax-christi-Mitglied Joachim Willmann als Tagesverantwortlicher tätig. Hier ist sein Bericht:

Schon am Bahnhof Bullay ging es spannend los: Zwei Teilnehmer stiegen nicht wie erwartet aus dem von Koblenz kommenden Zug. Doch pünktlich zum Start der Gruppe kamen sie mit dem Zug aus Wittlich an. Sie waren versehentlich eine Station zu weit gefahren.

Auf der Marienburg waren dann alle 45 Teilnehmer zum Aussendungsgottesdienst versammelt. Ein Text aus der päpstlichen Enzyklika „Laudato Si!“ machte deutlich, wie sehr eine Änderung des auf Konsum ausge-richteten Lebensstils beim reichen Drittel der Menschheit nötig ist.

Wie solche Veränderungen im Einzelnen aussehen können, wurde an der Springiersbacher Mühle deutlich. Sie ist gleichzeitig ein Museum, die altes Handwerkswissen vermittelt, und ein Kleinkraftwerk zur Stromerzeugung aus Wasserkraft.

Im Kloster Springiersbach trug Umweltministerin Ulrike Höfken vor, was auf politischer Ebene nötig, aber bei fehlenden Mehrheiten nicht immer erreichbar ist. Die knapp bemessene Zeit ließ leider nur eine kurze Diskussion zu.

An der Grundschule Kinderbeuern zeigte eine engagierte Pädagogin, wie durch die Anlage eines Schulgartens und von Nisthilfen für bedrohte Tierarten bei den Kindern ein Verständnis für gesunde Ernährung und für praktischen Artenschutz geweckt werden kann.

Durch eine Firmgruppe der Katholischen Landvolkbewegung aus Bitburg war die Gruppe, die von Springiersbach nach Wittlich unterwegs war, etwa 100 Personen stark.

Nach einer stärkenden Suppe im Pfadfinderhaus ging es in die Kirche St. Peter in Wengerohr, wo in einer ökumenischen Andacht alle Anwesenden ihre persönlichen Anliegen vor Gott und die Mitpilger bringen durften. Danach wurden die meisten Pilger von Gasteltern abgeholt.

Am Sonntag den 8.11. war zuerst ein Schmerzpunkt anvisiert. Die moderne Hallenkirche St. Bernhard in Wittlich bekommt ein neues Dach, und der Verwaltungsrat hatte beantragt, eine Photovoltaikanlage auf dem Kirchendach zu installieren. Dies scheiterte anfangs an der ablehnenden Haltung der Bistumsverwaltung, und als dort die Überzeugungsarbeit zu fruchten schien, an der Ablehnung der Denkmalbehörde, die alle Kirchen Wittlichs pauschal als Kulturdenkmäler führt. Noch am selben Tag setzte die Pilgergruppe eine Resolution auf, die in Trier der Bistumsverwaltung übergeben wurde und eine grundsätzlich positive Haltung zu Photovoltaik auf Kirchendächern fordert.

Im Mundwald erklärte der Förster Max Merrem, wie ein gut bewirtschafteter Wald einen Beitrag zur Bindung von Kohlendioxid leisten kann.

Ab Salmrohr, wo die Pilgergruppe durch die Gemeinde im Bürgersaal bewirtet wurde, pilgerte ein Projektchor namens „Andere Saiten“ mit

und bereicherte die letzte Rast des Tages vor der Erlenbacher Kirche mit politischen Liedern wie „raus aus der Kohle“ und „mit Wind sind wir umfassen“.

Fünf Pilger gingen den ganzen Weg von Flensburg bis Paris. In einer interreligiösen Feier aller Pilgerwege, z.B. aus Rom und aus London, wurden der Vorsitzenden der Klimakonferenz fast eine Million Unterschriften überreicht. Große Aktionen auf der Straße mussten leider abgesagt werden, da sie nach der wenige Tage zuvor erfolgten Anschlagsserie verboten wurden.

Joachim Willmann

Tag der offenen Moschee am 03.10.2015 zum Thema „Junge Muslime in Deutschland“

Rudi Kemmer hat in Wittlich an diesem Tag in der Moschee gesprochen. Wir veröffentlichen die nicht überarbeitete Fassung:

Mein Name ist Rudi Kemmer, ich wohne in Wittlich, bin verheiratet und habe 3 erwachsene Kinder, bin katholischer Christ in der Pfarreiengemeinschaft St. Markus in Wittlich und gehöre dem Bistumsverband der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi an.

In Wittlich arbeiten wir im Rahmen des christlich-islamischen Gesprächskreises für einen Dialog mit den Muslimen etwa seit 2001 in vielen Veranstaltungen zusammen, zuletzt beim jüdisch-christlich-muslimische Rundgang durch Wittlich.

Seit der Zuspitzung der Gewalt der Terrororganisation Islamischer Staat im Irak und in Syrien 2014 (und von Taliban und Al Kaida in Afghanistan) der Islam in Deutschland immer öfter unter den Generalverdacht von Gewalt mit religiöser Begründung geriet, arbeitete ich am Runden Tisch von Christen und Muslimen in der Region Trier mit an einer „Erklärung zum IS-Terror im Nahen Osten“.

Ihre Inhalte sind:

Als Christen und Muslime lehnen wir Gewalt im Namen der Religion ab. Religion darf nicht zur Ausübung von Gewalt missbraucht werden.

Wir Vertreter der muslimischen Gemeinden am „Runden Tisch“ betonen besonders, dass Gewalt im Namen des Islam, auch Gewalt gegen die Angehörigen anderer Religionen, dem Islam widerspricht.

Nach den Terroranschlägen in Paris gegen das Satire-Magazin Charlie Hebdo sahen sich die Muslime erneut unter Generalverdacht von Gewalt mit religiöser Begründung.

Wir setzen dagegen die öffentliche Demonstration für friedliches und solidarisches Miteinander und für gemeinsame Werte aller Menschen guten Willens, unabhängig von religiöser Zugehörigkeit.

Den islamischen Vorschlag, der am 25.01. 2015 unter großer Beteiligung stattgefunden öffentliche Veranstaltung „Wir alle sind Wittlich“ haben wir unterstützt und mitgestaltet. Veranstalter waren die katholische und evangelische Kirche, die muslimischen Moschegemeinschaften, der Arbeitskreis Jüdische Gemeinde, das Emil-Frank-Institut und die Stadt Wittlich.

Wir teilen die Solidarität der muslimischen Mitbürger in Wittlich mit den Flüchtlingen, die sich beim kürzlichen Opferfest beeindruckend zeigte, und freuen uns über Ihrer Beteiligung im Wittlicher Netzwerk für Flüchtlinge.

Die meisten Flüchtlinge, die bis jetzt und weiterhin zu uns kommen aus Ländern mit islamischer Tradition und Religion, hat der Weg in ein christlich geprägtes Land geführt, weil sie glauben, hier frei, sicher und gut leben zu können.

Unsere Vorfahren und wir mussten durch eine lange Entwicklung hindurch diese heute gültige freiheitliche demokratische Grundordnung erkämpfen und fortwährend entwickeln und verteidigen. Diese Ordnung ist gekennzeichnet durch die Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat. Nicht religiöse Gesetze, sondern die Verfassung und die staatlichen Gesetze sind für alle, einschließlich der staatlichen Organe und der Religionen, maßgeblich.

Die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes stehen auf der Basis der allgemeinen Menschenrechte von 1948. Die wichtigsten Grundrechte sind die Religionsfreiheit, die Rede und Pressefreiheit, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Ich habe ein Anliegen an alle Vertreter der religiösen Gemeinschaften: helfen Sie uns Deutschen dabei, allen hier zugezogenen Menschen aus anderen Kultur und Religionskreisen diese unsere Regeln Wert zu schätzen als Schutz vor Willkür, Zwang und Gewalt, auch Zwang und Gewalt mit religiöser Begründung. Helfen Sie uns diese Werte zu vermitteln und zu leben, damit Solidarität und Vertrauensbildung friedliches Miteinander wachsen können.

Würde die Flüchtlingshilfe und Integration der Flüchtlinge (Erlernen der deutschen Sprache, Anerkennung unser Gesetze, Regeln und Werte) misslingen und es größere Konflikte mit den Flüchtlingen geben, so wäre das ein Triumph für die IS und die Rassisten. Verlierer und Opfer eines Scheiterns wäre die deutsche Bevölkerung, die Muslime bei uns und die Flüchtlinge selbst.

Zu einer solchen Entwicklung darf es nicht kommen - darum: Übernehmen Sie Verantwortung!

Rudi Kemmer

Siebzig Jahre nach Hiroshima

Auch siebzig Jahre nach den Atombombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki ist eine Welt ohne Atomwaffen noch in weiter Ferne, ja sie scheint gerade aufgrund der Erneuerungsprogramme in einzelnen Staaten noch weiter weg zu rücken. Während im politischen Kontext keine sichtbaren Fortschritte erkennbar sind, ist die Erklärung des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, vom 03.08. eindeutig. Wir drucken sie hier ab:

Schon der Besitz von Atomwaffen ist unmoralisch

„70 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki ist es geboten, nicht nur den Einsatz von Atomwaffen als unmoralisch zu verurteilen, sondern auch deren Besitz zu ächten und so auf die Abschaffung der Atomwaffen generell zu drängen. pax christi unterstützt die Position einer vatikanischen Stellungnahme vom Dezember 2014, die in der Abschaffung der Atomwaffen die Grundlage für kollektive Sicherheit sieht. Nukleare Abschreckung ist in einer multi-polaren Welt

kein Stabilisator, sondern ein Anreiz für Staaten geworden, eigene Atomwaffenprogramme zu entwickeln.

Es wird zwar gesagt, dass in all den Jahrzehnten des Kalten Krieges nukleare Abschreckung einen Atomkrieg zwischen den Weltmächten verhindert habe, aber diese Abschreckungspolitik hat der Welt auch einen genuinen Frieden vorenthalten und sie dem anhaltenden Risiko einer nuklearen Katastrophe ausgesetzt. Dazu kommt, dass seit dem Ende des Kalten Krieges enorme Summen in die Modernisierung der Atomwaffen gesteckt werden. Dieses Geld könnte viel besser verwendet werden, Not und Elend zu verhindern, die Situation von Menschen in Krisengebieten zu verbessern und somit eine Politik zu betreiben, die Frieden in Gerechtigkeit ermöglicht. Denn „während man riesige Summen für die Herstellung tödlicher Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt“ (2. Vat. Konzil, Pastoralkonstitution Gaudium et spes, Nr. 81).

In der Vergangenheit haben kirchliche Positionen den Besitz von Atomwaffen noch gerechtfertigt unter der Bedingung, dass die Atommächte ihr Nukleararsenal schrittweise abrüsten. Diese Bedingung wurde jedoch nie erfüllt. Heute gibt es weltweit mehr Atomsprengköpfe als noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Vertreter von Atomstaaten schließen nicht aus, diese Waffen auch einzusetzen, falls die Abschreckung versagt. Mit der nuklearen Abschreckung geht immer Massenvernichtung einher, daher kann das System der nuklearen Abschreckung nicht länger als eine Politik betrachtet werden, die moralisch vertretbar ist. Obwohl eingewandt wird, dass allein der Besitz dieser Waffen per se nichts Schlechtes sei, so droht er doch den massenhaften Tod von Menschen an und nimmt ihn billigend in Kauf.

Völkerrechtler betonen das „unnötige Leid“, das Menschen durch Atomwaffen zugefügt wird. Gemeint sind damit die besondere Grausamkeit durch Verstrahlung und langfristige Zerstörung des Lebens und seiner Grundlagen. Manche der Überlebenden der Atombombendetonationen in Hiroshima und Nagasaki haben die Toten beneidet. „Unnötiges Leiden“ ist aber völkerrechtlich und im Militärrecht geächtet. Was für den konventionellen Krieg gilt, muss umso mehr für den atomaren gelten und zu einem Verbot dieser Waffen führen.

Atomwaffen sind ein globales Problem, und ihre Abrüstung erfordert eine globale Ethik. In unserer heutigen verknüpften Welt brauchen wir eine Ethik der Solidarität, die uns auf eine weniger gefährliche und moralisch verantwortbare Zukunft hin zusammenarbeiten lässt. Dazu gehört, sich endlich auf eine Abrüstungskonferenz im Rahmen des Atomwaffensperrvertrags (NPT-Vertrag) zu verständigen. Die Regierungschefs müssen dazu immer wieder ermutigt werden, sonst bleibt der Atomwaffensperrvertrag ein System, das allein die Interessen der Atom-Staaten verwaltet. Dazu kommen doppelte Standards, die den NPT-Vertrag untergraben. Atom-Staaten setzen die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen bei einigen Ländern durch, während sie den Aufbau von Atomarsenalen in anderen ignorieren.

Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, die durch die Lagerung von Atomsprengköpfen auf ihrem Hoheitsgebiet über „nukleare Teilhabe“ an Atomprogrammen beteiligt sind, müssen ihre Beteiligung endlich aufkündigen, auch um den Nichtverbreitungsvertrag nicht zu unterlaufen. Immer noch lagern rund 20 Atomraketen in Deutschland. Doch statt sie zu entsorgen, werden sie modernisiert.

Angesichts fehlender Abrüstungsbemühungen begrüßt die katholische Friedensbewegung pax christi alle Initiativen, die sich für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen, sei es die „Humanitäre Initiative“ von über 100 Staaten, die über eine Konvention ein Verbot von Atomwaffen durchsetzen wollen, seien es Formen des gewaltfreien Widerstandes, Gebet und Fasten vor dem Raketendepot in Büchel/Hunsrück oder seien es Aktionen der US-amerikanischen Friedensbewegung vor der Atomwaffenschmiede Los Alamos in New Mexico.

Wir fordern, das im Atomwaffensperrvertrag gegebene Versprechen nach Abrüstung der gefährlichen Atomwaffen endlich einzulösen. Wir appellieren an die politisch Verantwortlichen, diese Massenvernichtungswaffen abzuschaffen und damit der Bedrohung durch Atomwaffen ein Ende zu setzen.“

Damit ist auch ausgesprochen, dass die Aktionen gegen die Stationierung von Atomwaffen im Standort Büchel einen hohen Stellenwert für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt haben. Das gilt

besonders, weil die USA dabei sind, die Atomwaffen dort zu erneuern und die jetzige Bundesregierung – anders als ihre Vorläuferin – erneut einen Schlingerkurs fährt. Sie hat in der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen einen Fortschritt der nuklearen Abrüstung gestimmt. Am 08.12. hat sie bei der Verabschiedung von vier Resolutionen, die ein Verbot von Atomwaffen vorantreiben sollen, sich zweimal enthalten und zweimal dagegen gestimmt. Bei einer Resolution, die lediglich die ethische Verpflichtung zur Abschaffung von Atomwaffen beschreibt (A/RES/70/50), stimmte Deutschland gar mit Nein. Ebenso stemmt sich Deutschland gegen die von Österreich eingebrachte Resolution (A/RES/70/48), die eine Ächtung von Atomwaffen fordert. Zudem hält sie nach wie vor an der atomaren Teilhabe fest. Von dem Beschluss des Bundestages im März 2010 mit breiter Mehrheit, die Bundesregierung solle sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen, scheint nichts mehr übrig geblieben zu sein.

2015 wurde nach dem Ostermarsch(vgl. letzten Rundbrief) an weiteren Terminen in Büchel deutlich Stellung genommen.

Am 30.Juli begann die Fastenkampagne mit einem Internationalen Jugend-Workcamp in Berlin. Mit Kunstaktionen und Besuchen bei Botschaften von Atomwaffenstaaten und Staaten mit nuklearer Teilhabe wurde dem Protest Ausdruck verliehen. In Büchel selbst begann die Protest- und Fastenaktion am 31.07.; am 5. August kamen auch die Berliner Akteure hinzu. Am 9. August – dem Erinnerungstag an den Atombombenabwurf auf Nagasaki – endete der Protest mit dem gemeinsamen Fastenbrechen. Rund 90 Leute waren vor der Fliegerhorst-Haupteinfahrt zugegen, darunter die Teilnehmer-Innen an zwei Friedensfahrrad-Touren der DFG-VK. Die beiden Touren waren am 1.8. in Bayern und in NRW gestartet.

Vom 25. -30. 08. jeweils 8 bis 18 Uhr protestierte als Einzelperson Pfarrer Rainer Schmid aus Aalen, DFG-VK- und Versöhnungsbund-Mitglied, von mit einem drei Meter hohen Holzkreuz vor der Fliegerhorst-Haupteinfahrt. Auf dem Querbalken des Kreuzes war zu lesen: "Atomwaffen abschaffen – jetzt!".

Sechs Frauen der neuen GA-Gruppe blockierten am 24.09. eine Stunde lang den "Karrieretruck" der Bundeswehr, der an diesem Tag zum Bücheler Fliegerhorst vorfuhr. Sie besetzten mit einem Transparent "Unsere Kinder KRIEGt ihr NICHT" den Eingang in den Truck. Nach Aufforderung durch die Polizei beendeten sie die Blockade.

Anlässlich der NATO-Übung "Steadfast Noon" der sog. „nukleare Teilhabe“ im Oktober wurde zu einem antimilitaristischem Fahrradausflug nach dem Motto: „*Wir blockieren nicht den Verkehr – wir sind der Verkehr!*“ aufgerufen. Bei dieser Aktion der GA Büchel wurden an jenem Freitagmorgen kurz nach 6 Uhr fünfzehn Fahrräder im Verkehrskreisel vor dem Fliegerhorst-Haupttor ständig im Kreis gefahren, wodurch sich das Einfahren hunderter Autos von SoldatInnen und Zivilbediensteten des Flughafens verzögerte. Mit der Aktion sollten keine Festnahmen provoziert, sondern lediglich ein wenig "Sand ins Getriebe gestreut" werden. Von den circa 20 Polizisten haben einige die demonstrierenden Frauen spüren lassen, dass sie zum Schutz der Atomwaffen ihren Dienst versahen, indem sie an mehreren Fahrrädern die Ventile herausdrehten, so dass die Frauen nicht mehr fahren konnten. Einer von ihnen vertrat die Meinung, man müsse die Atomwaffen gegenüber Moskau vorhalten. An den beiden Tagen zuvor hatte es schon Mahnwachen gegeben.

Auch der Pilgerweg von Flensburg zum Klimagipfel nach Paris hat am 5. November in Büchel Station gemacht. An der ökumenisch angekündigten Andacht nahm neben fünf evangelischen Pfarrern von katholischer Seite lediglich der Vorsitzende des Katholikenrates Manfred Thesing teil.

Der anhaltende Protest zeigt, dass Menschen es nicht hinnehmen wollen, dass eine Politik der Bedrohung umgesetzt wird, die moralisch nicht vertretbar ist.

Zusammengestellt von Albert Hohmann